

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des „Bündnis für Vernunft“,
liebe Mitstreiter_innen und Unterstützer_innen,
liebe Anwesende,

Zu Beginn möchte ich allen hier Ausgezeichneten gratulieren und Ihnen viel Erfolg für die weitere so engagierte Arbeit wünschen. Als nächstes: Vielen Dank für die Verleihung des „Bandes für Mut und Verständigung 2011“ für Zivilcourage. Ich möchte diesen Preis stellvertretend für die Menschen annehmen, die sich couragiert an vielen Orten des Landes gegen Geschichtsrevisionismus, Nazismus und Rassismus einmischen, ohne dass ihnen je ein Preis verliehen wird.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei all jenen, die aktiv trotz zahlreicher Widerstände, den „Zug der Erinnerung“ in Berlin möglich gemacht haben. Ausdrücklich möchte ich die beteiligten Antifa-Gruppen nennen, die ja sonst von der Politik und medial gerne kriminalisiert werden. Insbesondere Dank Ihnen und der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten – namentlich durch dessen Vorsitzenden Dr. Hans Coppi, war es möglich, das ca. 50.000 Berliner_innen ein Stück deutscher

Geschichte aus der dunkelsten Zeit auf sehr plastische und eindringliche Art und Weise nahe gebracht werden konnte.

In Erinnerung wird aber nicht nur die Courage der beteiligten Initiator_innen und Unterstützer_innen bleiben. In das öffentliche Gedächtnis mit diesem „Zug der Erinnerung“ hat sich auch der Vorstand der Deutschen Bahn AG eingeschrieben. Nicht alleine als Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn und Mitprofiteurin an den Deportationen von Millionen Menschen in Konzentrationslager. Nein - auch als jene, die bis zum Schluss versuchte, die Initiative zu blockieren. Leider wollten es sich auch viele Politiker_innen nicht mit dem Deutsche-Bahn-Vorstand verderben. Zu eng geknüpft waren oder sind da wohl die Netze gegenseitiger Abhängigkeiten.

Insofern beinhaltet die Auseinandersetzung um den „Zug der Erinnerung“ in Berlin die Forderung nach Courage, nach Mut, aber auch nach Rage und nach Wut.

Auch nicht ganz ohne politische Widerstände konnte die Kindertransportskulptur an der Friedrichstraße aufgestellt werden, welche an die Rettung von jüdischen Kindern durch die Kindertransporte

und die Menschen erinnern soll, die nicht ohne Gefahr für ihr eigenes Leben, diese Kinder vor dem sicher zu wahnenden Tod gerettet haben. Viele der so Geretteten verloren ihre Angehörigen, die in Nazi-Deutschland und anderen besetzten Gebieten zurückbleiben mussten. An ihr eigenes schweres Schicksal, ihre ermordeten Angehörigen und das damit verbundene Trauma bis heute erinnert jetzt diese Skulptur mit Erklärungstafeln. Auch dafür allen Beteiligten vielen Dank!

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des „Bündnis für Vernunft“, liebe
Mitstreiter_innen und Unterstützer_innen,
liebe Anwesende,

damals wurden Menschen deportiert und auf vielfältigste Weise ermordet. Warum? Sie galten als „unwertes Leben“ oder als sog. Asoziale. Nun will ich nicht ansatzweise behaupten, dass diese Gesellschaft heute schon wieder auf dem besten Wege in die braune Vergangenheit ist. Keinesfalls! Das wäre eine Relativierung der Nazi-Diktatur. Aber, es gilt eben schon hier: Wehret den Anfängen! Denn heute wird z.T. politisch motiviert, aus Dummheit oder Instinktlosigkeit von „Unnützen“, „Überflüssigen“, „Nichtverwertbaren“, „Unerwünschten“

oder sogar auch von „Asozialen“ gesprochen. Und das leider nicht alleine vom vermeintlich rechten Rand dieser Gesellschaft.

Wilhelm Heitmeyer konstatiert in seiner aktuellen Studie „Deutsche Zustände“ zu „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ ein Erstarken der Ideologie der Ungleichwertigkeit. Und zwar insbesondere auch von Besserverdienenden gegenüber sozialbenachteiligten Menschen sowie Migrant_innen. So gäbe es seitens Besserverdiender einen „Klassenkampf von oben“ und nicht zuletzt infolge dessen eine „deutliche Vereisung des sozialen Klimas“. Ein guter Nährboden für sog. Rechtspopulist_innen, die sich in ganz Europa auf dem Vormarsch befinden und sich ja auch in Berlin etablieren wollen. Die etablierte Politik ist gegen diese geistigen Brandstifter_innen leider vielfach keine große Hilfe, wenn nicht gar Teil des Problems.

Da werden nicht die Ursachen sozialer Ausgrenzung analysiert und beseitigt. Da werden viel lieber die Betroffenen dieser Ausgrenzung zur Ursache und zum Problem gesellschaftlicher Fehlentwicklungen gemacht. Und – sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister – Sie werden vermutlich schon darauf gewartet haben, dazu hat ihr Parteikollege Thilo Sarrazin maßgeblich beigetragen.

Bekannt dafür, Langzeitarbeitslosen - gemeinhin Hartz IV-Empfänger_innen tituliert - zu empfehlen, sich einen warmen Pullover anzuziehen, wenn sie mit ihrem staatlichen Heizkostenzuschuss nicht auskämen oder ihnen einen Speiseplan vorzulegen und vorzurechnen, dass man sich mit weniger als vier Euro pro Tag „völlig gesund, wertstoffreich und vollständig“ ernähren könne, verbindet er vermeintlich unveränderbare, natürliche und negative Eigenschaften der sog. Unterschicht vordergründig mit arabischen und türkischen Migrant_innen. Damit ist er auch in der etablierten Politik durchaus auf eine Reihe offener Ohren gestoßen.

Geführt wird bspw. ein „Integrationsdiskurs“, der so genannte „Integrationsverweiger“ konstruiert und gegen Migrant_innen insbesondere Muslim_innen hetzt. Die Menschen sollen die Spaltung der Gesellschaft nicht in Oben und Unten also als soziale wahrnehmen und begreifen, sondern als ethnische oder kulturelle. Nicht die soziale Situation oder die Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund wird debattiert, sondern ihre Herkunft, ihre Kultur, ihre Religionszugehörigkeit und ihre genetischen Anlagen. Diese demagogisch zugespitzten Behauptungen knüpfen zum Teil an gefährliche Syndrome, der Rassenhygiene und einer negativen Eugenik

an, und dienen der Legalisierung rassistischer Diskurse sowie zur Legitimation für Diskriminierung und Ausgrenzung.

Und genau hier trifft sich der „Zug der Erinnerung“ mit dem Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“. Die Verbindung sind die Stigmatisierten und Ausgegrenzten, die Sündenböcke und die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die dahinter stehen. Es sind die Kontinuitäten und Brüche, über die aufgeklärt werden soll. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn wir authentische Orte des Erinnerns, Gedenkens, Forschens und Lernens erhalten. Deshalb - möchte ich abschließend an dieser Stelle an alle, besonders natürlich auch Sie Herr Regierender Bürgermeister bitten und auffordern mitzuhelfen, die Privatisierung des ehemaligen Friedhofsgeländes der ehemaligen Arbeitshäuser Rummelsburg (Berlin-Lichtenberg) zu stoppen. Helfen Sie dem AK „Marginalisierte- gestern und heute“, diesen Ort als geschichtsträchtigen Zeitzeugen des Umgangs u.a. mit sozialer Ausgrenzung zu erhalten und zu nutzen. Denn diese waren ab 1879 u.a. Bestrafungsinstitution für Bettelerei und in der Nazi-Zeit Sammel- und Verwahrstelle für sog. Asoziale. Als solche galten Bettler, Landstreicher_innen, Prostituierte, Zuhälter, arbeitsunwillige Fürsorgeempfänger_innen, Alkoholiker_innen, Wohnungslose, Homosexuelle, Roma und Sinti, so genannte psychisch

Abwegige und deklassierte Unterschichtfamilien. Von dort wurden sie in KZs deportiert.

Auf die bereits erwähnte Courage in zweifacher Bedeutung können Sie meinerseits jedenfalls auch hierbei setzen!

Vielen Dank!